

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/123

#### Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 6

##### Die "Energiewende"

Beendet ist der Weg, die Stunde schlug, es ist Zeit heimzukehren.

*Michail Lermontow (1814-1841, russischer Dichter)*

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtete am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 – als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel, CDU, und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückge-

kehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz EEG zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampftema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...): >>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**

Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung - Keine Vorsorge für Notfälle

Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko - das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.

Die Niederlage Norbert Röttgens, CDU, bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030. Die Folge:

Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.

Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt

neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlage, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout". Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter. Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.

Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des "Öko-Stroms" mittlerweile so wenig in Betrieb, daß die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden. Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.

Auslöser könnte die mißlungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten E.ON.

In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.

Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden. Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag beschäftigt:

"Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

**Solarenergie und Windenergie** fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhan-

den sind.

**Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff**, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen. Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie - letzteres in Brennstoffzellen. Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

**Aber man tut es nicht!** Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke, die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergie-technik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Hy-solar-Projekte an der Universität Stuttgart, das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherin-

frastruktur besteht, wie z.B. Tankstellen.

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Dr. Ing. Günter Keil berichtete am 27. Juni 2012 über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>**Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse**

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vor gewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen

zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

### **Die Grundfehler der Energiewende**

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist ... grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen ...

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderpolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen. Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswachsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

### **Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger**

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann. Damit

war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO<sub>2</sub>-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.

Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.

Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.

Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.

Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stilllegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden. ...

### **Die Risiken werden bedrohlich**

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer-Kraftwerke", die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stilllegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den erwähnten Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben. Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

### **Planwirtschaft statt Marktwirtschaft**

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswachsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.

Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung - mit der Folge der neuen "Energiearmut" -; großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind, fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit; Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung - Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts; Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.

Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.

Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

### **Die Kostenlawine rollt**

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energie-

intensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten, z.B. den steigenden Netzkosten zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger. ...

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten. ...

#### **Das Urteil des Auslands ist vernichtend ...**

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.

- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.

- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.

- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!

- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.

- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.

- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.

- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element. ...

#### **Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle**

... Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte aufweisen, werden Biotopze zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau von neuen Pumpspeicherkraftwerken, wie zum Beispiel die in Atorf im Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektrosmog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen. ...

## **Wann kommt das Ende?**

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie unrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl und an der Bagdadbahn an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung und die Abtrennung des Ruhrgebiets, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung ... Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zum 2. Weltkrieg führte. Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen - die in der östlichen Zone erst nach 1989 - sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden

war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb.

Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-How der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid, das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten, usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen ... angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur des Tankstellennetzes ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstruppen in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie

nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei - für die Elektroden der Batterien, um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG müssen bei starkem Wind - also bei hoher Stromproduktion- die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden. Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

### **Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?**

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht und muß ebenfalls verboten werden, Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hol-

lywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>**Jammern auf hohem Niveau**

Energiepolitik: Stromkonzerne warnen vor Blackouts / Milliarden Gewinne trotz Atomausstieg / Bürger müssen die Zeche zahlen ...

Für die Altlasten des in den siebziger Jahren staatlich initiierten AKW-Abenteuers sind milliardenschwere Rückstellungen in den Bilanzen verbucht. Den Löwenanteil für Rückbau und atomare Endlagerung wird ohnehin der Steuerzahler zu tragen haben. Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.

Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer aber im Süden und Westen angesiedelt sind.

"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. "Die Gefahr eines Stromausfalls ist eher noch gestiegen, weil jetzt in Süddeutschland zwei Gaskraftwerke nicht mehr für den regelmäßigen Einsatz zur Verfügung stehen."

Diese Kraftwerke sind aber unverzichtbar, um bei Flaute des Ökostroms schnell Ersatz liefern zu können. Zusätzliche Stromleitungen sind nötig, um bei hohem Windstromangebot diesen nach Südwesten zu transportieren. Im Februar dieses Jahres hätten bereits Zwangsabschaltungen gedroht: "Damals waren die Kraftwerkskapazitäten komplett ausgeschöpft. Wäre ein Kraftwerk ausgefallen, hätten wir Verbraucher vom Netz nehmen müssen."

Für den Netzausbau seien "schlanke und zügige Genehmigungsverfahren" unabdingbar. Eine Stromautobahn von Nord- nach Süddeutschland würde zwei bis drei Milliarden Euro kosten. "Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte. ...<<

Dr. Klaus Peter Krause berichtete am 30. Januar 2014 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**"Die Energiewende-Politik beenden"**

Ein *Energiepolitisches Manifest* stellt dar und begründet, warum das notwendig und unausweichlich ist ...

Die deutsche "Energiewende" ist zu einer sinnentleerten Politik geworden. Die Bundesregierung und ihre Parteien halten nur noch aus Furcht vor der völligen Blamage ... an ihren irrealen Plänen fest. Mit kosmetischen Korrekturen versuchen sie, sich über die Runden zu retten, wohl wissend, daß der Preis, den Bürger und Wirtschaft für die mutwillige Stromverteuerung und für die Folgen dieser Verteuerung in allen Lebensbereichen werden zahlen müssen, mit jedem weiteren verlorenen Monat nur noch weiter steigt.

Anscheinend wartet die Politik mit einer radikalen Kurskorrektur noch so lange, bis Arbeitslosigkeit, Energiearmut und die Abwanderung der Industrie völlig unerträglich geworden sind. So steht es sinngemäß im Vorwort eines Papiers mit dem Titel "*Energiepolitisches Manifest*". Verfaßt haben es die Diplom-Ingenieure Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer. Sie fordern dazu auf, die Energiewende-Politik zu beenden, und tragen in ihrem "Manifest" die Argumente dafür vor.

### **Das Manifest enthält, was Politik und Medien mitzuteilen verweigern**

Im Vorwort heißt es ist ferner: "Am 16. Dezember 2013 hat die Diskussion über die Energiepolitik eine neue Qualität bekommen: An diesem Tag hielt der Direktor des Münchner ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn einen Vortrag im Audimax der Universität München mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Noch nie zuvor hat ein führender Ökonom derart präzise und kompromißlos die katastrophalen Fehler der Energiewendepolitik analysiert und deren ebenso katastrophale Folgen demonstriert. ...

### **Der erste Fehler: Ignoranz gegenüber Physik und Elektrotechnik**

Den ersten Fehler sehen die Verfasser in der "Ignoranz gegenüber den Gesetzen der Elektrotechnik". Er liegt "darin, daß die Regierung mit ihren Plänen zur immer stärkeren Stromversorgung Deutschlands mit den völlig ungeeigneten, unzuverlässigen und dazu noch teuren Techniken Windstrom und Solarstrom das Problem der dafür erforderlichen, aber nicht im Entferntesten vorhandenen Stromspeicher übersehen bzw. nicht begriffen hat.

Sie muß das jetzt erkennen und die bittere zusätzliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es auch in den nächsten 30 Jahren keine einzige quantitativ ausreichende und zudem auch noch bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird und geben kann, egal, welche verspäteten und z.T. fragwürdigen Entwicklungsprojekte jetzt in aller Hektik begonnen werden.

In der Folge wird die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit dramatisch abnehmen - mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft. Die zu 99 % fehlende und praktisch nicht zu steigernde Stromspeicher-Kapazität - 35 Pumpspeicherwerke statt der erforderlichen 3.500 Pumpspeicherwerke - ist absolut tödlich für die gesamte Energiewendepolitik."

### **Der zweite Fehler: Unbegreifliche Unterschätzung der Kosten**

Der zweite Fehler liegt für die Verfasser "in der ebenfalls unbegreiflichen Unterschätzung der Kosten für die Umsetzung der Energiewendepläne. 'Das EEG wurde vermutlich von niemandem zu Ende gedacht und zu Ende gerechnet', kommentierte der Analyst Guido Hoymann vom Bankhaus Metzler.

Alle Berechnungen zu den mit jedem Jahr weiter steigenden Kosten für immer mehr Windräder und Photovoltaikanlagen, für Biogasanlagen, für den riesigen Ausbau zunächst des Höchstspannungsnetzes und danach der noch viel größeren unteren Netzebenen, die gigantischen Offshore-Investitionen führen bereits zu Billionen-Beträgen. Dazu kommt aber noch die bald unvermeidliche Subventionierung der unverzichtbaren Kohle- und Gaskraftwerke, ebenso der Pumpspeicher-Kraftwerke und selbst der verbliebenen Kernkraftwerke - weil die Überförderung der sogenannten erneuerbaren Energien und ihr EEG-garantierter Einspeisezwang diese Kraftwerke unwirtschaftlich gemacht hat.

Deshalb bekommt Deutschland als logisches Ergebnis der Energiewendepolitik ein doppeltes und auch doppelt unrentables Stromerzeugungssystem - die hochsubventionierten "Erneuerbaren" und die dann notleidenden und gleichfalls subventionierten "Konventionellen". Das muß die Strompreise weiter in die Höhe treiben."

### **Am Ende werden Billionen Euro verloren sein**

Abschließend heißt es: "Um den Exodus der Industrie etwas zu verlangsamen, wird man die energieintensiven Unternehmen ebenfalls finanziell unterstützen müssen und ebenso viele der von den extremen Energiekosten überforderten Bürger. Weil gleichzeitig wegen der Industrieabwanderung die Steuereinnahmen sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, verschlechtert sich die Lage weiter. Wie viele Billionen am Ende für diesen wirtschaftlichen Selbstversuch eines Industrielandes verloren sein werden, ist nicht abschätzbar. Sicher ist nur, daß dies der zweite Sargnagel für die Energiewende ist." ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft

... Ifo-Chef Hans-Werner Sinn plädiert dafür, die deutschen Atomkraftwerke nicht abzuschal-

ten und die Förderung regenerativer Energien einzustellen. Sein Argument: Deutschland wird seinen Kohlendioxidausstoß nicht wie geplant verringern können, wenn es auf Wind- und Sonnenenergie setzt und gleichzeitig seine Atomkraftwerke abschaltet. Das sei aus ökonomischen Gründen nicht möglich, erklärte er bei einem Symposium der Handelskammer für München und Oberbayern.

"Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten. ...

Sinns Rechnung geht hingegen so: Ja - Deutschland muß seinen Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber das klappt mit erneuerbaren Energien nie. Er rechnet vor: Derzeit decken fossile Energieträger rund 85 Prozent unseres Endenergiebedarfs, regenerative kamen 2012 gerade einmal auf drei Prozent.

Es könnte mehr sein, aber dazu müßte man es schaffen, die Windstromspitzen zu nutzen, also das Stromangebot über eine Zwischenspeicherung zu glätten. Aber dafür müßten mindestens 400 Pumpspeicherwerke gebaut werden. "Dagegen würden sich sicher Proteste in der Bevölkerung erheben", sagt Sinn und fügt hinzu: Von dem Geld könnte man mehrere Atomkraftwerke bauen. ...

Ein nächster Kritikpunkt Sinns sind Flächenverbrauch und "Landschaftsverhandlung". Eine Fläche von der Größe mehrerer Wattenmeere müßte Deutschland mit Windrädern bedecken, wollte es fossile Energieträger durch regenerative ersetzen, behauptet Sinn. ...

Wie komme es nur, daß die Energiewende trotz der höheren Strompreise eine so hohe Zustimmung in der Bevölkerung genieße, fragt die Moderatorin der Veranstaltung. Die Deutschen neigten eben zu Ideologisierung und seien nicht so pragmatisch wie die Angelsachsen, antwortet Sinn. ...

Die anwesenden Wirtschaftsvertreter stört vor allem der Strompreis. Heinrich Traublinger, der Präsident des Bayerischen Handwerkstags, rechnet vor, daß die EEG-Umlage von 0,2 Cent im Jahr 2000 auf 6,24 Cent in diesem Jahr gestiegen ist. "Steuern und Abgaben machen schon knapp unter 60 Prozent des Strompreises aus, in Österreich sind es nur 28 Prozent", sagt er.

Martin Faulstich, der Chefumweltberater der Bundesregierung, gibt zu, daß "die Erneuerbare-Energie-Umlage ein unglückliches Konstrukt ist". ...

Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema: Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme.

Damit kommt er beim Publikum besser an als Staatssekretär Pschierer, der den Anwesenden mit Blick auf die Energiewende mitteilen muß:

"Es wird kein Roll back geben, die Energiewende ist beschlossen." ...

Hans-Werner Sinn dagegen muß sich nicht darum kümmern, ob eine Sache parlamentarisch beschlossen ist oder nicht. Er wirbt unverzagt für die allseits unbeliebte Atomkraft: "Ich wage zu behaupten, daß sich Deutschland von diesem Kurs abwenden wird und zur Atomkraft zurückkehren wird - die Abschaltung der Atomkraftwerke ist noch nicht gesichert", sagte er Mitte Dezember bei der erstmaligen Vorstellung seiner These von der "Energiewende ins Nichts". Sinn bietet Wetten darauf an, daß die letzten Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden.

Als Vorbild hält der Ökonom den Deutschen die Chinesen vor, die den in Deutschland entwickelten Kugelhaufenreaktor bauen wollen. "Jeden Monat wird in China ein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen", sagt er. Die Angst seiner Landsleute vor der Atomkraft hält Sinn für irrational: "Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Ihre Sicher-

heit hat sich seit Fukushima nicht verändert", sagt er.

"Haben sie nicht manchmal die Befürchtung, kein Recht zu haben?", fragt die Moderatorin gegen Ende der Veranstaltung. Sinn überhört den ironischen Unterton und antwortet: "Ich liebe mein Volk, aber ich fürchte, daß es so ist: Wir erfinden Ideologien und erwarten, daß die anderen hinterherlaufen."<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >>**Energiewende: So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen**

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben – Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich. ...

Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.

### **Zweifel am Erfolg der Energiewende**

... Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.

Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.

Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers. ...<<

Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>**Merkels (Null-)Planwirtschaft**

Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.

Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahl-taktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im inter-

nationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.

Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.

Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.

Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>**Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik**

Am 11. März 2011 forderten ein Erdbeben, ein Tsunami und die anschließende Atomkatastrophe in Fukushima über 18.000 Opfer. Japan will nun den nuklearen Neuanfang - gegen den Willen der Bevölkerung.

Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang.

Zum fünften Jahrestag des Tsunamis mit folgender Atomkatastrophe von Fukushima fällt Sigmar Gabriel vor allem das ein: "Energiewende - wir machen das." Der offizielle Kommentar des Bundesministers für Wirtschaft und Energie unterscheidet sich da überhaupt nicht von den einschlägigen Öko- und Umweltverbänden: Sie alle schlagen in ihren aktuellen Statements anlässlich der japanischen Nuklearkatastrophe direkt den Bogen zum ökologischen Umbau der deutschen Energieversorgung. Dabei liegt die Verbindung nicht so auf der Hand, wie es zunächst scheint.

Der einflußreiche Berliner Thinktank Agora etwa nahm den Jahrestag zum Anlaß, eine Energiewendebilanz der letzten fünf Jahre zu ziehen. Ganz so, als hätte das eine etwas mit dem anderen zu tun. Und die Deutsche Umwelthilfe fühlte sich vom Gedenktag sogar zur Geschichtsklitterung der besonderen Art verleitet: "Als Reaktion auf das Unglück beschloß die Bundesregierung den Atomausstieg und leitete die Energiewende ein", deuten die Umwelthelfer die Geschichte um.

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. Fukushima hat sie noch nicht einmal beschleunigt oder sonst wie befeuert. Der Bau von Solaranlagen hatte in Deutschland schon 2010, also ein Jahr vor Fukushima, sein Rekordniveau von rund 7,5 Gigawatt erreicht.

Auch der Windkraftausbau gewann nach dem Katastrophenjahr 2011 nur ganz leicht an Tempo und blieb noch bis einschließlich 2013 weit hinter der von der Bundesregierung anvisierten Zielgröße zurück. Beschleunigt hat Fukushima hier erst einmal gar nichts. Richtig ab ging es mit dem deutschen Windkraftboom erst wieder 2014: Da machten die Investoren Tempo, um noch schnell von den hohen Einspeisevergütungen zu profitieren, bevor die Bundesregierung das Fördersystem auf eine wettbewerbliche, unbequemere Variante umstellen wollte. ...

### **Operation Grünen-Bremse**

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen.

Denn bei den Landtagswahlen nur wenige Wochen nach Fukushima war es der Ökopartei gelungen, mit Baden-Württemberg eine CDU-Hochburg zu Fall zu bringen und dort mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten zu stellen. In der sogenannten Sonntagsfrage näherten sich die Grünen bis zum Sommer 2011 bundesweit sogar der 30-Prozent-Marke an und rangierten nur noch drei Prozentpunkte hinter der Union.

In dieser Situation entschied sich das Kabinett Merkel, den großen Energiekonzernen in einem enteignungsgleichen Eingriff den Betrieb von acht Atomkraftwerken sofort und entschädigungslos zu untersagen und den übrigen Meilern feste Abschaltzeiten bis zum Jahr 2022 vorzugeben. Dieser womöglich verfassungswidrige Eingriff - Karlsruhe verhandelt das in der kommenden Woche - befreite die Union nachhaltig von der Last der seit Jahrzehnten schwelenden Atomdebatte in Deutschland.

Die Operation Grünen-Bremse gelang: Durch den eingeleiteten Atomausstieg eines ihrer wichtigsten Themen beraubt, gehörten die Grünen 2013 zu den Verlierern der Bundestagswahl.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>**Lecks in der Modellfabrik der Zukunft**

Das Energiesparpotential in der Industrie ist enorm, aber nicht alle neuen Ideen sind sofort praxistauglich

Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten". Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg.

Unrealistisches Energiekonzept?

Doch Haferburgs berechtigte Kritik hat nur eine der beiden Säulen der politisch initiierten Energiewende - die "Erneuerbaren" und die nicht vorhandenen Speicher für Wind- und Sonnenstrom - im Blick. Die andere Säule, die Energieeinsparung, scheint allerdings auch nicht sonderlich tragfähig. Hierzu wäre nicht allein auf einzelne Sparten wie den inzwischen als illusorisch erkannten massenhaften Umstieg auf Elektroautos zu verweisen. ...<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 23. November 2016: >>**Wie steht es um die Energiewende?**

*Hans-Werner Sinn*

Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn ist für seine steilen Thesen bekannt. Und so waren auch nicht

alle Mitglieder des Handelsblatt-Wirtschaftsclubs mit seiner Analyse zur Energiewende einverstanden.

"Am Schluß kommt es auf die Zahlen an." ...

Das Thema des Vortrags von Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Der grüne Zappelstrom und die Grenzen der Energiewende". "Ist die Energiewende schon verstorben und ein Fall für die Pathologie?", fragte Moderator und Chefökonom des Handelsblatts Dirk Heilmann.

Sinn setzte sich gleich zu Beginn seines fast einstündigen Vortrags selbst die Latte, an der Ökonomen gemessen werden: "Ein Volkswirt akzeptiert die Ziele, die von der Politik gesetzt werden", sagte er. Wenn ein Volkswirt kritisiere, möchte er nicht die Ziele der Politik in Frage stellen, es gehe immer nur um die Instrumente, die eingesetzt werden.

Am Ende seines Vortrags und einer kontroversen Diskussion im Anschluß mit den Lesern des Handelsblatts sollte Sinn von diesem Grundsatz jedoch abweichen.

Die Ziele der Politik bei der Energiewende sind in Deutschland klar definiert: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Atomkraft bis 2022. "Ehrlich gesagt ist es ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen", sagte Sinn. Statt dessen plädierte er dafür, die Forschung an der Atomkraft mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter zu betreiben. Das sei doch viel besser als "diese volatilen Stromquellen zu betreiben".

Wie volatil diese sind, hatte er in seinem Vortrag beschrieben. Er erklärte, welche Rolle ein flexibler Stromverbrauch spielen könnte und wie Speicher beschaffen sein müßten und wie viele nötig seien, um diese Volatilität auszugleichen: Batterien von Elektroautos etwa, Pumpspeicherwerke, Methanspeicher. "Man kann sehr schön semantisch über solche Dinge reden, aber am Schluß kommt es auf die Zahlen an", so Sinn. Eine Kilowattstunde Methan aus Rußland koste drei Cent, dieselbe Menge Methan aus Windstrom koste mindestens 24 Cent.

Die Pufferung der Erzeugungsspitzen erfolge momentan durch Doppelstrukturen, so Sinn, konventionelle Anlagen würden dann angeschaltet, wenn regenerativer Strom nicht erzeugt wird. Sinn zeigte, daß Pumpspeicherwerke allein nicht ausreichen würden, um Volatilität von Wind- und Solarstrom bei 100-prozentiger Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen auszugleichen. Sinns Thesen: Für die Pufferung von Wind- und Solarstrom bräuchte man 6.400 Pumpspeicherwerke. Auch Demand Management reduziere die nötige Speicherkapazität kaum. Bei einer Pufferung durch konventionelle Anlagen seien nicht mehr als 30 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien möglich, so sein Schluß.

Sinn äußerte sich kritisch gegenüber den deutschen Klimaschutzplänen: "Um so mehr wir tun, um so weniger tun die anderen."

Aus dem Publikum bekam er Gegenwind für seine Thesen. "Sie haben zwei Themen ausgeblendet", kritisierte Alexander Voigt, Seriengründer im Bereich Erneuerbare Energien. So habe Sinn die Sektorkopplung ausgeblendet, also die Verbindung des Wärme- mit dem Stromsektor. Diese Kopplung könne helfen, die Spitzen in der Energieerzeugung auszugleichen. Außerdem werde der Preis für Strom aus erneuerbaren Energien kontinuierlich sinken, auch das habe Sinn bei seinem Vortrag nicht berücksichtigt.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. November 2016: >>... **Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten**

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der

Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.

Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.

### **Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie**

Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Mai 2017: >>**Energiewende durch die Hintertür**

### **EU sagt der Braunkohle den Kampf an - Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des Jahres**

Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.

Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energiewendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten. ...

Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen:

Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt. Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.

Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>**Die fünf größten Profiteure**

*\_ von Andrew Follett*

"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablaßhandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.

Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein. Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), National Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.

Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Business sind folgende:

### **Platz 1: Al Gore**

Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.

**"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."**

#### ***The Telegraph***

Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.

2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".

### **2. Platz: Elon Musk**

Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.

Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.

Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.

Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

### **3. Platz: Warren Buffet**

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:

Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.

Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier

geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanlagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zu Gunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

#### **4. Platz: Vinod Khosla**

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.

Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.

Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

#### **5. Platz: James Cameron**

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.

Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.

Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warnings" skeptisch sind, ließ Cameron in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße herausrufen, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

**"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."**

#### **US-Regisseur James Cameron**

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradiesischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt -, brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

#### **Kampf gegen den Klima-Hitler**

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:

"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein." (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in

Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)

\_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite [dailycaller.com](http://dailycaller.com), der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>**Windrad-Kommunismus**

\_ von Daniell Pföhringer

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.

In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefern sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.

Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.

### **Energiapolitische Planwirtschaft**

Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann man schlecht speichern.

Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.

Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.

Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.

Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf

mehr als 7,5 Cent je kWh.

### **Papa Staat greift zu**

Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.

Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent. Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

### **Grassierende Stromarmut**

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.

Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraction wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.

Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.

Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.

Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Auf's Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.

In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

### **Schäfflers Einspruch**

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen

hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll. Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ... An die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren sollen." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011) ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

*\_ von Daniell Pföhringer*

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.

Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.

In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung. Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

### **Gefährliche "Dunkelflauten"**

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

***"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."***

### **Klaus Schäfer**

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die

hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Gewerkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer. "Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende Folgen haben.

### **Anarchische Zustände**

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

*"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."*

### **Marc Elsberg**

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobachten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

### **"Hochgradig verletzbar"**

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

### **Elektrisierend**

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von

einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsberg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit Blackout verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgeräten. Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. November 2017: >>>Die gescheiterte ideologische Energiewende

### **Kosten steigen und steigen. Immer mehr Verbrauchern wird der Strom abgeklemmt**

"Höchste Strompreise, keine CO<sub>2</sub>-Einsparung, wachsende Konflikte mit dem Naturschutz, Gefahren für die Versorgungssicherheit. Die Zwischenbilanz der Energiewende ernüchert", erklärte der Energiewende-Experte Holger Douglas in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung des Bundes für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein:

### **Die Energiewende ist krachend gescheitert**

Diejenigen, die den Wahnsinn Energiewende in die Welt gesetzt haben, wissen offenbar nicht mehr weiter. Die Kosten steigen und steigen. Der Stromverbraucher muß für jenen "grünen" Strom zahlen, der gar nicht erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr paßt oder weil noch keine Leitungen gebaut sind, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern sind 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. ...

Diese EEG-Förderung war der Anreiz, Windanlagen zu bauen und Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu setzen. Ein Mensch, der noch bei Trost ist, würde das niemals tun, denn es rechnet sich nicht - es sei denn, er wird mit einem Haufen Geld gelockt.

Also entstanden zuerst an den Küsten unüberschaubare Wälder von Windanlagen, Bauern bastelten sich Photovoltaikanlagen auf ihre großflächigen Stalldächer, und grüne Lehrer und Zahnärzte quetschten noch auf den letzten Dachziegel Photozellen. Und alle pumpen nun Strom in die Netze.

Da lacht das Herz des Energiewendegewinners, das des Stromverbrauchers bekommt Rhythmusstörungen, weil die Kosten in astronomische Höhen klettern.

Jede Fortschreibung des EEG löst weitere Kostenlawinen aus. Insgesamt sollen die deutschen Stromverbraucher im kommenden Jahr die wahnsinnige Summe von 29,5 Milliarden Euro für "Ökostrom" bezahlen, hat die Bundesnetzagentur prognostiziert. So hoch dürften die Ansprüche aller Photovoltaik- und Windstromerzeuger auf Vergütung ausfallen.

Dem würden voraussichtlich, so die Agentur weiter, Einnahmen aus dem Verkauf des Stromes von 4,7 Milliarden Euro gegenüberstehen. Eine ordentliche Differenz, die bezahlt werden muß. ...

Die Mechanismen der EEG-Umlage sind reichlich verworren und schwer durchschaubar. Fest steht, daß dabei auch der Staat über diverse Steueranteile kräftig mitverdient.

Aber immerhin: Die "grünen" Stromerzeuger haben etwas in der Geschichte Einmaliges vollbracht: Der Stromverbraucher muß für etwas bezahlen, das es nicht gibt, nämlich für jenen "grünen" Strom, der gar nicht erst erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr hineinpaßt oder - noch besser - weil noch keine Leitungen gebaut wurden, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern dieser Anlagen wurden 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. Da werden sogar die albanischen Hütchenspieler neidisch.

Immer mehr Verbraucher können nun ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. So wurden im

Jahr 2015 von den Stromversorgern über 6 Millionen Sperr-Androhungen verschickt. Rund 418.000 Haushalten wurde der Strom abgeklemmt. Hinzu kommen 58.000 Gasabschaltungen. Die Stromversorgung ist ein soziales Recht und eine Grundvoraussetzung für ein gesundes menschenwürdiges Wohnen. Stromsperrungen durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden sind vom Gesetzgeber zu verbieten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>Ökowsinn auf Kosten der Bürger

Leif-Erik Holm

Sie stehen an unseren Küsten, in unseren Wäldern, auf unseren Bergen. Windkraftanlagen vermehren sich scheinbar ungebrems, und sie werden immer monströser. Die neueste Generation soll bis zu 200 Meter hoch werden - höher als der Kölner Dom. Wir Bürger erkennen unser Deutschland kaum noch wieder. Jahrhundertalte Kulturlandschaften verschwinden lautlos im Schatten immer neuer Windparks.

Sie stehen symbolisch für die total gescheiterte Energiewende. Sechs Jahre nach dem überhasteten Ausstieg aus der Kernkraft ist die Bilanz verheerend: Jahr für Jahr blechen wir neue Rekordpreise für Strom.

Eine Familie mit zwei Kindern zahlt in diesem Jahr rund 300 Euro EEG-Zwangsumlage.

Kein Wunder, daß der Widerstand gegen diesen energiepolitischen Amoklauf wächst.

Merkels Ökopopulismus löst nicht eines der vermeintlichen Probleme. Weder sinkt der Ausstoß von Kohlendioxid, im Gegenteil, noch können wir auf Strom aus Kernenergie verzichten. Wir schalten zwar die eigenen Kernkraftwerke ab, müssen dann aber bei Flaute und Dunkelheit selbstverständlich Atomstrom aus dem Ausland einkaufen. Welch ein Selbstbetrug!

Natürlich wollen wir saubere Energie. Aber das schaffen wir nicht mit diesem blauäugigen "Wünsch dir was", sondern mit starken Investitionen in die Forschung. Wir brauchen neue grundlastfähige Technologien der Energieerzeugung, und wir brauchen große Energiespeicher.

Solange wir nicht Vernunft in die Energiepolitik einziehen lassen, werden die Strompreise weiter steigen, und gerade die Menschen mit kleinen Einkommen müssen den planwirtschaftlichen Irrsinn der Merkel-Regierung bezahlen. Daß die Bürger davon die Nase voll haben, zeigt ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Hier beschloß die Landesregierung ein "Bürgerbeteiligungsgesetz", durch das Anwohner von in der Nähe gelegenen Windparks profitieren sollten. Die Beteiligung liegt bisher bei null. Was die Regierenden offensichtlich unterschätzt haben: Die Bürger wollen nicht an solchen Anlagen verdienen, sie wollen ihre Heimat erhalten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:

**>>Janichs Welt \_ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag #Oliwillreden einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrüne Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Planwirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO<sub>2</sub>, selbst wenn durch den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO2 verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO2-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO2 Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO2-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25 Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

### **Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.**

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren. Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

### **Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 28. Dezember 2019: >>AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt**

Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz?

Der Betreiber EnBW nutzt die Frist bis zum letzten Tag. So wird der Reaktor Philippsburg 2 erst am Silvestertag gegen 19 Uhr vom Netz gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Abschaltung des vorletzten noch arbeitenden Atomkraftwerks in Baden-Württemberg bis Mitternacht.

2020 startet dann der Rückbau des AKW. Die bereits stillgelegten Reaktoren Obrigheim, Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 werden schon seit Jahren zurückgebaut.

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."

### **"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"**

Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? Wegen der Abschaltung werde verstärkt auf Importe aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem benachbarten Ausland zurückgegriffen, sagte Hans-Josef Zimmer aus dem Vorstand des Energieversorgers EnBW diese Woche der "Stuttgarter Zeitung". "Unsere Handelsabteilung hat schon vor langer Zeit begonnen, Vorsorge zu treffen, damit EnBW den Kunden die benötigte Strommenge liefern kann." Den genauen Strommix legt der Versorger dabei nicht offen.

Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter.

Die staatlich beauftragte Studie "Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?" kam schon früher im Jahr zu dem Schluß, daß Deutschland in deutlichem Umfang auf Importe aus Nachbarländern angewiesen sein werde. "Ob die Nachbarländer die von Deutschland benötigten Erzeugungsleistungen zur Verfügung stellen können und werden, wurde in der Untersuchung nicht überprüft", zitiert der SWR aus der Studie.

### **Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken**

Insgesamt beurteile die Studie die Versorgungssituation optimistischer als Vorgängerstudien. Vor allem aus einem Grund: Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW.

Insgesamt exportiert Deutschland seit 2002 durchgehend jedes Jahr mehr Strom, als es aus dem Ausland bezieht. Vergangenes Jahr waren es nach Angaben der Bundesnetzagentur etwa 51,5 Terawattstunden, von 650 Terawattstunden, die netto ins Ausland flossen, rund zehn Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung.

Daß Deutschland weit mehr Strom produziert als es verbraucht, liegt daran, daß seit Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, alte Kohle- oder Kernkraftwerke aber nicht in demselben Maße stillgelegt werden. Das wird sich spätestens ab 2023 ändern, wenn alle Atommeiler vom Netz gehen. Weil gleichzeitig auch am Kohleausstieg gearbeitet wird, könnte Deutschland bald sogar zum Nettoimporteur werden. Baden-Württemberg bezieht jetzt schon mehr Strom von außen, als es selbst erzeugt. Nach dem Ende von Philippsburg wird der bei etwa 14 Prozent liegende Import-Anteil steigen.

### **Frankreich hatte 2018 die Nase vorn**

Bisher kommen Deutschlands Stromimporte überwiegend aus den Nachbarländern. Frankreich hatte 2018 mit 10,1 Terawattstunden (TWh) die Nase vorn und war damit das einzige Land, das mehr Strom nach Deutschland lieferte als es von dort einkaufte.

Bewahrt das Ländle also französische Kernkraft vor möglichen Blackouts? Nicht allein! Elektrizität werde, wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, "je nach Lage" aus der Lausitz, dem Rheinland, aus der Schweiz, Österreich oder Frankreich eingekauft. "In einer Kältephase können wir von dort keine einzige Kilowattstunde bekommen", sagte EnBW-Mann Zimmer der "Stuttgarter Zeitung" weiter. Weil die Nachbarn im Westen mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom dann selbst.

Die Bundesregierung hatte den beschleunigten Atomausstieg nach der Erdbebenkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 beschlossen. Demnach sollen bis Ende 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Vor einem Jahr wurde auch der Kohleausstieg fixiert, der 2038 abgeschlossen sein soll.

Und die Aufgaben, die Energiewende mit einer wirklich positiven Öko-Bilanz zu meistern, wird auch im Südwesten nicht geringer: Dort läuft nun nur noch Neckarwestheim 2 im Kreis Heilbronn. Dieser Meiler geht Ende 2022 vom Netz.<<

**Schlußbemerkungen:** Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft unweigerlich ruinieren.

Wenn man im Jahre 2022 aufgrund der ideologischen Energiewende (Kampf der selbsternannten Öko-Propheten gegen die vermeintlich von den Menschen verursachte Erderwärmung zur Rettung des Weltklimas) die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß und die angestrebte Stilllegung aller Kohlekraftwerke durchsetzt, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben. Vor allem fehlende konventionelle Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke werden sicherlich vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Einspeisung durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die Flatter-Stromeinspeisung zum täglichen Normalzustand gehören.

Alle stromintensiven Industriebetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Mit den großen internationalen Großkonzernen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land.

Während die "deutschen" Konzernbosse diese Standortverlagerungen wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.

Bei den sog. "Blackouts" (Zusammenbruch von Stromnetzen) werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und flächendeckend chaotische Zustände entstehen. Infolge der Stromausfälle fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, der Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke und Tankstellen aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Betriebe usw. müssen schließen. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher bleiben stumm. Längere flächendeckende Blackouts werden sich zwangsläufig zu nationalen Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend verändern.